

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Mitzscherling, Dr. Hauchler, Bindig, Brück, Schanz, Frau Schmedt (Lengerich), Schluckebier, Dr. Müller-Emmert, Frau Luuk, Rapp (Göppingen), Dr. Holtz, Dr. Jens, Klose, Dr. Kübler, Frau Matthäus-Maier, Poß, Roth, Dr. Wieczorek, Huonker, Stiegler, Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Weltwirtschaftsgipfel in Bonn

Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa, wirtschaftlicher Optimismus und Dynamik in den USA und im pazifischen Raum, Armut und Hunger in vielen Ländern der Dritten Welt, unkontrollierter Rüstungswettlauf zwischen den Großmächten – solche Ungleichgewichte und Gegensätze kennzeichnen die Gegenwart.

Die Wirtschaftspolitik der USA hat dort seit gut zwei Jahren zu einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung geführt, der vor allem in den pazifischen Raum ausstrahlte, aber auch Europa und vielen Entwicklungs- und Schwellenländern Exporterfolge und wirtschaftliches Wachstum ermöglichte.

Allerdings hat die amerikanische Wirtschaftspolitik auch Kehrseiten:

Die USA ziehen mit hohen Renditeangeboten Kapital aus aller Welt an, das dort zur Modernisierung der Volkswirtschaften dann fehlt. Auch in den Ländern der Dritten Welt wird die Entwicklung durch Höchstzinsen und den überbewerteten Dollar erheblich belastet.

Die Regierung der USA weigert sich, ihre Bürger angemessen zu besteuern und läßt ihre militärische Aufrüstung vom Ausland mitfinanzieren. Über hohe Leistungsbilanzdefizite nehmen die USA auch reale Ressourcen der übrigen Welt in Anspruch.

Es ist offenkundig, daß die heutigen massiven Budget- und Leistungsbilanzdefizite der USA nicht auf Dauer Bestand haben können. Niemand kann aber vorhersagen, wann und wie schnell ihre Korrektur erfolgen wird. Dies belastet die Weltwirtschaft mit großen Unwägbarkeiten und birgt erhebliche Gefahren. Nichts wäre riskanter, als vor diesen Gefahren die Augen zu verschließen und zu hoffen, es würde alles gut gehen. Notwendig ist vielmehr, sich der Gefahren bewußt zu werden und gemeinsame Antworten zu finden, um ihnen zu begegnen. Die Erwartungen in den be-

vorstehenden Gipfel der sieben größten Industrieländer des Westens müssen daher groß sein.

Auch die deutsche Wirtschaft profitiert gegenwärtig von dem Konjunkturaufschwung in den USA, vor allem aber von dem deutlich überhöhten Dollarkurs. Auf allen Märkten, wo deutsche Unternehmen mit US-Firmen konkurrieren, werden seit 1984 beträchtliche Exporterfolge erzielt. Der Exportboom wird auch in diesem Jahr ein bescheidenes Wirtschaftswachstum ermöglichen und einem noch stärkeren Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit entgegenwirken.

Die Bundesregierung hofft, daß nach dem starken Export nun die Unternehmensinvestitionen anspringen und zum zweiten Wachstumsmotor werden. Sie glaubt daher, auf Maßnahmen zur Stärkung des binnenwirtschaftlichen Wachstums verzichten zu können.

Diese Politik ist gefährlich: Niemand kann voraussagen, ob der amerikanische Wirtschaftsaufschwung und vor allem der Dollarhöhenflug noch andauert und damit unsere Exportkonjunktur noch anhält. Vieles deutet auch darauf hin, daß der erhoffte Investitionsboom nicht in Gang kommt. Denn die hektischen und übertriebenen Bewegungen an den internationalen Devisenmärkten der letzten Jahre haben zu großer Unsicherheit über die künftigen Wechselkurse und damit über die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit geführt. Unternehmensinvestitionen sind dadurch mit hohen Risiken belastet; Investitionen zur arbeitsplatzschaffenden Erweiterung der Kapazitäten werden vielfach zurückgestellt.

Der überhöhte Dollarkurs hat weitere Kehrseiten für unsere Wirtschaft:

- Unsere Zinsen sind weit höher, als es angesichts der binnenwirtschaftlichen Schwäche und der niedrigen Inflationsrate vertretbar wäre, und sie tragen selbst erheblich zu dieser Schwäche bei.
- Unsere internationalen Austauschrelationen (Terms of Trade) haben sich spürbar verschlechtert; wir müssen mehr exportieren, um die gleiche Menge an Importen bezahlen zu können.
- Unsere derzeit wechselkursbedingte hohe Wettbewerbsfähigkeit kann zu Fehlentwicklungen führen, sei es, daß Exportkapazitäten aufgebaut werden, die bei anderen Wechselkursverhältnissen nicht mehr rentabel sind, sei es, daß unerläßliche strukturelle Anpassungen verzögert werden.

Gefährlich für die Zukunft der Weltwirtschaft wären vor allem noch länger anhaltende hohe Budget- und Leistungsbilanzdefizite der USA:

- Der durch den überstarken Dollar ausgelöste Importsog verstärkt die in den USA ohnehin vorhandene Neigung zu protektionistischen Maßnahmen. Zunehmender Protektionismus in den USA könnte aber Gegenmaßnahmen der Handelspartner provozieren und in einen Handelskrieg münden. Unsere

exportorientierte Volkswirtschaft wäre hiervon besonders betroffen.

- Die USA wachsen durch enorme Leistungsbilanzdefizite mehr und mehr in eine Nettoschuldner-Position hinein. Sie ziehen im Übermaß Kapital aus anderen Industriestaaten, aber auch aus Entwicklungsländern auf sich.

Hält die zunehmende Auslandsverschuldung der USA länger an, würde das Vertrauen in den Dollar auf Dauer untergraben, was neue Zinssteigerungen, Währungsturbulenzen, steigende Inflationsraten, Wachstumsverluste und weiter wachsende Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen könnte.

- Verstärkter Protektionismus und weiterhin hohe oder gar steigende Zinsen wären nicht nur eine Gefahr für das Wachstum der Weltwirtschaft, sie würden auch zur weiteren Zuspitzung der Verschuldungssituation vieler Entwicklungs- und Schwellenländer führen. Die Konsequenzen für die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft dieser Länder, aber auch für das internationale Finanzsystem wären nicht absehbar.

Den vielfachen Gefahren kann nur durch eine bessere Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik der großen Industrieländer begegnet werden. Entsprechenden Ankündigungen der beiden letzten Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und London sind keine Taten gefolgt. Es ist höchste Zeit, jetzt zu handeln: Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn müssen klare und bindende Vereinbarungen getroffen werden.

Wir sehen bislang immer noch keine Bereitschaft hierzu. Wir vermissen auch klare Antworten der Bundesregierung, wie sie den Gefahren begegnen will.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Betrachtet die Bundesregierung den Weltwirtschaftsgipfel als eine Chance, um eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung zu verabreden und zu verwirklichen, und sieht sie insbesondere bei der amerikanischen Regierung eine Bereitschaft, ihre bisher vorwiegend an nationalen Interessen orientierte Haltung zu überdenken?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die USA als das potentiell leistungsfähigste Land der Welt über hohe Zinsen und über riesige Leistungsbilanzdefizite reale Ressourcen der übrigen Welt, auch der Entwicklungsländer in Anspruch nehmen?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die hektischen und massiven Wechselkursschwankungen zwischen Deutscher Mark und Dollar vor dem Hintergrund der von ihr selbst ständig und zu Recht betonten Notwendigkeit, für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen? Teilt sie die Auffassung, daß solche Schwankungen unternehmerische Entscheidungen erschweren, das Risiko erhöhen, falsche Struktursignale geben und damit das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung das Interventionsverhalten der Deutschen Bundesbank und anderer Zentralbanken, und ist sie der Meinung, daß die auf den beiden letzten Weltwirtschaftsgipfeln und in der Gruppe der Fünf getroffenen Vereinbarungen über gemeinsam abgestimmte Interventionen von allen Partnern, insbesondere von den USA, eingehalten werden?
5. Glaubt die Bundesregierung, daß die bisher getroffenen Interventionsvereinbarungen einschließlich der Vereinbarung von Williamsburg, wenn sie eingehalten würden, ausreichend wären, um eine größere Stabilität des internationalen Währungssystems zu erreichen oder hält sie Schritte für eine grundlegende Reform für notwendig, und wenn ja, in welche Richtung?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, die Rolle des Europäischen Währungssystems auf den internationalen Kapitalmärkten und in den Reservepolitiken der Zentralbanken zu stärken? Ist sie bereit, die vom Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, unterbreiteten Vorschläge zum Ausbau des Europäischen Währungssystems und der breiteren Anwendung der ECU mitzutragen und die Deutsche Bundesbank zu einer Abkehr von ihrer bislang restriktiven Haltung hinsichtlich der privaten Verwendung der ECU zu veranlassen?
7. Hält die Bundesregierung es für eine sinnvolle Überlegung, bei einem überzogenen Dollarkurs die Zusammensetzung der Währungsreserve der Deutschen Bundesbank zu verändern?
8. Was berechtigt die Bundesregierung nach der bisherigen Erfahrung mit flexiblen Wechselkursen, wonach die Devisenmärkte zu massiven, lang anhaltenden Übertreibungen neigen, zu der Hoffnung, die derzeitige starke Überbewertung des US-Dollars werde in einer „sanften Landung“ korrigiert?
9. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß das hohe Leistungsbilanzdefizit und das damit einhergehende Hineinwachsen der USA in eine massive Netto-Schuldner-Position das Vertrauen des Auslandes in den Dollar untergraben, den Kapitalabfluß in die USA mindern und dort Zinssteigerungstendenzen auslösen kann?
10. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß eine schnell wachsende Auslandsverschuldung der USA eines Tages eine kräftige Korrektur des Dollar erzwingen wird, damit die USA in die Lage versetzt werden, nachhaltige Handelsbilanzüberschüsse zur Finanzierung des Zins- und Tilgungsdienstes zu erzielen?
11. Teilt die Bundesregierung die Meinung der US-Administration, daß die USA keinen Anlaß hätten, ihre Wirtschaftspolitik zu korrigieren, um letztlich den Höhenflug des US-Dollars zu bremsen? Wird die Bundesregierung der Aufforderung des amerikanischen Notenbankchefs Paul Volcker folgen, daß sie „konstruktive Maßnahmen zur Stimulierung des Wirtschafts-

wachstums in Form beschleunigter Steuersenkungen oder anderweitig" ergreifen sollte, um so auch eine Stabilisierung der Wechselkurse zu erreichen?

12. Wäre die Bundesregierung insbesondere bereit, zusätzliche öffentliche Investitionen zu finanzieren oder zu fördern, wenn sich andere Länder zu einem entsprechend gleichgerichteten Verhalten verpflichten?
13. Ist auch die Bundesregierung der Auffassung, daß eine länger anhaltende Überbewertung des US-Dollar und eine mögliche Konjunkturabschwächung in den USA den Druck auf die Regierung, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, noch verstärken werden, und wie beurteilt sie insbesondere die in den USA diskutierte Einführung einer Importsteuer?
14. Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß die Autorität des GATT-Systems untergraben wird, wenn die GATT-Regeln immer häufiger verletzt werden, ohne daß dies zu Sanktionen führt?

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, eine neue Initiative zur Stärkung des GATT zu ergreifen? Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für eine neue GATT-Liberalisierungsrunde?

15. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gipfeltreffen der großen westlichen Industriestaaten und der Europäischen Gemeinschaft sich nicht auf Diskussion und auf Koordinierung der Interessen der Teilnehmerstaaten beschränken dürfen, sondern deren Mitverantwortung für die Entwicklungs- und Schwellenländer berücksichtigen müssen?
16. Wird die Bundesregierung auf dem Bonner Gipfel auf die übrigen Teilnehmerstaaten einwirken,
 - sich ihrer globalen Verantwortung auch in den bestehenden internationalen Institutionen (Weltwährungsfonds, Weltbanksystem, GATT, UNCTAD usw.) zu stellen,
 - den Forderungen der Entwicklungsländer auf globale Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zuzustimmen,
 - eine Initiative für einen Nord-Süd-Gipfel zu ergreifen?
17. Glaubt die Bundesregierung ernstlich, daß sich die Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungs- und Schwellenländer durch Umschuldung auf immer längere Fristen bei ständig steigender Zinslast letztlich lösen lassen? Teilt die Bundesregierung die vom Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1983/84 geäußerte Auffassung, daß „den Dollar-Krediten aus der Zeit vor der neuen Dollar-Stärke die Geschäftsgrundlage entzogen worden (ist)“ und deshalb die Sanierungslast nicht einseitig den Schuldnerländern aufgebürdet werden kann, sondern auch von den Gläubigerländern und Banken Opfer zu bringen sind? Ist sie bereit, der Forderung nach Einberufung einer internationalen Schuldenkonferenz nachzukommen?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds? Teilt sie die Auffassung, daß die den Schuldnerländern auferlegten Anpassungsmaßnahmen, die einseitig die sozial Schwachen belasten, die binnenwirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten behindern und den sozialen Frieden gefährden?
19. Sieht die Bundesregierung Ansätze zu längerfristigen Lösungen der internationalen Verschuldungsprobleme, die den hochverschuldeten Ländern die Möglichkeit geben, ihre Entwicklungs- und Industrialisierungspläne weiterzuverfolgen, um so eine nachhaltige Stärkung ihrer Wirtschaftskraft zu erreichen, die im übrigen auch ihre Fähigkeit zur Leistung des Schuldendienstes verbessern würde?
20. Ist die Bundesregierung bereit, die deutsche Kreditwirtschaft zu bewegen, sich an längerfristigen Umschuldungsmaßnahmen und -abkommen mit den hochverschuldeten Ländern zu beteiligen? Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft der Regierung der USA, die amerikanischen Banken zu längerfristigen Umschuldungsabkommen zu veranlassen und ihnen die dafür notwendigen Hilfen zu gewähren?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung Ursachen und Wirkung der Kapitalflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern?
22. Teilt die Bundesregierung unsere Überzeugung, daß die weltwirtschaftlichen Verwerfungen im Handels-, Währungs-, Finanzierungs- und Entwicklungsbereich auch eine Konsequenz des Rüstungswahnsinns in allen Teilen der Welt sind? Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen Abrüstung und einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Situation? Wird sie diese Zusammenhänge beim Bonner Weltwirtschaftsgipfel deutlich machen?
23. Wird die Bundesregierung den Gedanken eines in seiner Dimension dem Marshall-Plan vergleichbaren „Zukunftsprogramms für die Dritte Welt“, wie es von der SPD gefordert wird, aufgreifen? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß – angesichts der auch wegen der US-Hochzinsen und des überbewerteten US-Dollar dramatisch zugespitzten Lage vieler Entwicklungsländer – die durch Abrüstung freizusetzenden Mittel vor allem zur Bekämpfung des Hungers und zur Entwicklung in der Dritten Welt verwendet werden müssen?
24. Ist auch die Bundesregierung der Meinung, daß Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie die Schonung der natürlichen Ressourcen zu einem zentralen internationalen Problem geworden sind, das nur in gemeinsamer Verantwortung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu lösen ist? Wird die Bundesregierung auf dem Weltwirtschaftsgipfel entsprechende Initiativen ergreifen?

Bonn, den 26. März 1985

Dr. Mitzscherling
Dr. Hauchler
Bindig
Brück
Schanz
Frau Schmedt (Lengerich)
Schluckebier
Dr. Müller-Emmert
Frau Luuk
Rapp (Göppingen)
Dr. Holtz
Dr. Jens
Klose
Dr. Kübler
Frau Matthäus-Maier
Poß
Roth
Dr. Wieczorek
Huonker
Stiegler
Wolfram (Recklinghausen)
Dr. Vogel und Fraktion

